Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michel,
Wien I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 8. Jänner 1919. № 11.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Volksernährung wird in der 87. Woche 1/8 kg Wohlfahrtsfleisch für jeden Kopf zum Preise von 1 K gegen Abtrennung des Wochenabschnittes 1 vom neuen rosafarbigen Einkaufschein für Wohlfahrtsfleisch in den bekannten Ständen und Geschäften der Grosschlächterei an folgenden Tagen abgegeben werden: Samstag, 11. A bis F, Sonntag, 12. G bis K, Dienstag, 14. L bis R und Donnerstag, 16. d.M. S bis Z.

Abreise der Schweizer Lebensmittelkommission. Heute früh hat das mit dem ersten Schweizer Lebensmittelzuge in Wien eingetroffene Begleitdetachement, bestehend aus Offizieren und Mannschaft Wien verlassen. Der Kommandant dieser Abteilung Oberleutnant Dr. Schmid hat der Gemeinde Wien für die Aufnahme freundliche und herzlichen Empfang im Namen der Kommission zum Ausdrucke gebracht.

In der heutigen Stadtratsitzung brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Zuschrift des Kommissärs der schweizerischen Hilfsaktion Oberstleutnant Frey zur Kenntnis: Der Magistrat der Stadt Wien hat uns in ausserordentlich liebenswürdiger Weise mit einem sinnigen Andenken an unsern hiesigen Aufenthalt überrascht. Ich beehre mich, Ihnen hiedurch den herzlichsten Dank meiner Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten auszusprechen und Sie zu versichern, dass die gastfreundliche Aufnahme in Ihrer Stadt und das freundliche Entgegenkommen, das uns allerorts zu Teil geworden ist, mit unseren Erinnerungen an den Aufenthalt in Wien enge verknüpft sein werden. Ich benütze den Anlass, um Ihnen mitzuteilen, dass die Offiziere, die Unteroffiziere und die Mannschaft des Bewachungsdetachements des ersten Lebensmittelzuges nach der Schweiz zurückgekehrt sind. Genehmigen Sie, verehrter Herr Bürgermeister nochmals herzlichen Dank mit dem Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 8. Jänner 1919. № 12.

Verlängerung der Arbeitszeit in den Buchdruckereien. In der heutigen Stadtratsitzung beantwortete der Bürgermeister die im Gemeinderate von GR. Gohout eingebrachte Interpellation betreffend die Ausdehnung der Arbeitszeit in den Buchdruckereibetrieben und betonte, dass bei einer beim Kriegswucheramt der Polizeidirektion stattgefundenen Sitzung den Druckereien, die sich mit der Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften befassen über besonderes Ansuchen der motorische Betrieb bis 4 Uhr nachmittags gestattet wird.

Die Abholzungen im Lainzer Tiergarten. In der heutigen Stadtratsitzung richtete StR. Max Winter an den Bürgermeister eine Anfrage, in welcher er darauf hinweist, dass durch allzureichliche Holzschlagungen im Lainzer Tiergarten die Gefahr einer Ueberschwemmung durch eventuelles Hochwasser drohe. Er machte auch darauf aufmerksam, dass sich in dem Tiergarten eine Baracke befinde, aus der von den Holzsammlern ganze Bretter herausgerissen werden. Er fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, unverzüglich alle Schritt zu unternehmen, die eine Niederlegung der 26 Joch Wald neben der Haidewiese hintanhalten und dafür zu sorgen, dass die aus dem Tiergarten zu gewinnende Holzmenge im gleichen Verhältnis veranschlagt werde, wie die Holzmenge, die aus dem Wienerwald gewonnen werden soll. Wenn Wien aus dem Tiergarten und den Staatsforsten 130.000 Raummeter Holz gewinnen will, so kämen auf jedes der 45.000 ha etwa 3 Raummeter, auf den ganzen Tiergarten, also mit seinen 2000 ha 6000 Raummeter, nicht aber 50.000 und auf die Staatsforste im Wienerwald der Rest. Weiter fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister geneigt ist, das Zweckdienliche zu veranlassen, dass die Niederlegung der Baracken auf einem an Wien anstossenden Gebiete nicht fortgesetzt werde. Die heute noch stehenden Baracken sind für die Unterkunft von 50 erholungsbedürftigen Kindern ausreichend, ohne dass sonderliche Adaptierungen nötig wären. Bei dem Mangel an Erholungsstätten für die Wiener Kinder geht es nicht an, dass eine derart unzweckmässige Verwüstung von öffentlichem Gut geduldet wird.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er morgen beim Staatsnotar Dr. Sylvester und beim Unterstaatssekretär Riedl vorsprechen werde, um die Denkschrift der Gemeinde Wien bezüglich der Krongüter, in welcher auch der Lainzer Tiergarten behandelt wird, zu überreichen.

StR. Kienböck ersucht den Bürgermeister, dabei besonders darauf aufmerksam zu machen, dass der Tiergarten ehestens an gewissen Tagen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

In Ausführung seiner Anfrage weist StR. Winter noch darauf hin, dass nicht bloss Fall- und Klaubholz aus dem Tiergarten weggetragen werde, sondern dass die Leute auch mit Aexten und Sägen kommen und junge Bäume fällen, ja dass Leute sogar mit Wagen gefahren kommen, um das Holz wegzuschaffen. Er fragt den Bürgermeister, ob es nicht möglich wäre, eine Reihe von Arbeitslosen damit zu beschäftigen, das Klaubholz zu sammeln, um es den armen Leuten aus der Bevölkerung zu verteilen.

Rückgabe von Schulgebäuden. In Ausführung eines Antrages des GR. Rummelhardt betreffend die Rückgabe des Schulhauses im 9. Bezirk Lazarettgasse 27, teilte der Bürgermeister in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass über Antrag des Magistrates zufolge der gepflogenen Erhebungen der Spitalbetrieb in dem obgenannten Schulgebäude bereits aufgelassen und mit den Reinigungsarbeiten bereits begonnen wurde. Nach erfolgter vollständiger Räumung, um deren Beschleunigung der Sanitätschef des liquidierenden Militärkommandos ersucht wurde, wird die sofortige Rückstellung der Schule an die Gemeinde zur Wiederaufnahme des Unterrichtes veranlasst werden.

Von der Strassenbahn. Infolge der Einschränkung im Strassenbahnverkehr und der grossen Zahl von Heimkehrern ergab sich ein grosser Ueberstand an Fahrmannschaften. Um nun keine Entlassungen im Stande des Personals vornehmen zu müssen hat die Strassenbahndirektion die Einführung der Doppelbesetzung der Schaffner und Zugsführer angeordnet. Diese Einführung hat sich gut bewährt, kommt jedoch selbstverständlich nur insolange inBetracht als die verkehrenden Wagen übermässig stark von Fahrgästen frequentiert werden.

Die Neujahrsgelder der städtischen Strassenbahnen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat an Neujahrsgeldern im ganzen 982.058 Kronen ausgegeben, wovon für Beamte und Beamtinnen 203.645 Kronen, für Unterbeamte 118.299 Kronen, für Bedienstete und sonstige Angestellte 660.112 Kronen zur Auszahlung gebracht wurden. Zufolge Stadtratsbeschlusses vom 5. Dezember 1918 wurde das systemisierte Neujahrsgeld aushilfsweise eingerückten Angestellten zuerkannt und jene Bediensteten, deren Neujahrsgeld nicht mehr als den dreifachen Taglohn beträgt, erhielten den doppelten Betrag ausbezahlt.

Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Betrieben. In der heutgien Sitzung des Stadtrates wurde nach einem Antrage des StR. Schneider die Einführung des Achtstundentages vom 9. d.M. an beschlossen. Die Arbeitszeit beträgt in den Betrieben an Werktagen, das ist von Montag bis Freitag täglich 8 ½ Stunden, an gewöhnlichen Samstagen 5 ½ Stunden mit dem Arbeitsschlusse um 12½ Uhr einschliesslich der Zeit für die Auszahlung, sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Arbeiter. Zur Wahrung des bisherigen Wochenverdienstes wird den Arbeitern und Arbeiterinnen für jede Woche ein weiterer Zuschlag von 3 Arbeitsstunden gerechnet. Im Magistratsbericht heisst es dass durch die Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3 Stunden es voraussichtlich notwendig sein wird, 100 Leute neu anzustellen, um denselben Arbeitseffekt zu erzielen. Die Kosten würden sich auf ungefähr 600.000 Kronen jährlich belaufen.

StR. Weigl stellt den Antrag, es möge eine Umrechnung des Stundenlohnes erfolgen. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

In der Debatte wurde als Mangel des Gesetzes hervorgehoben, dass mit der Verminderung der Arbeitszeit nicht gleichzeitig festgesetzt wurde, dass der Lohn derselbe zu bleiben habe, wie bisher. Es sei daher schon namentlich in Provinzorten zu Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen. Ferner wurde hervorgehoben, dass die Verminderung der Arbeitszeit der Gemeinde Wien beträchtliche Auslagen bringen werde, und dass an eine Deckung derselben gedacht werden müsse.

Bezüglich der Mehrkosten entwickelte sich eine lebhafte Debatte insoferne, als die sozialdemokratischen Redner auf dem Standpunkte waren, dass durch die Verringerung der Arbeitszeit eine Intensivierung der Arbeit eintrete, so dass trotz der Verkürzung die gleiche Arbeit geleistet werden würde. Es werde also nicht notwendig sein, mehr Arbeiter einzustellen. Demgegenüber wurde von den christlichsozialen Mitgliedern des Stadtrates betont, dass das Gesetz auch einen Schutz der Arbeitslosen bezwecke damit eben durch die Verringerung der Arbeitszeit mehr Arbeiter beschäftigt werden können. In der jetzigen Zeit der Entkräftung der Menschen durch den Lebensmittelmangel seien die Arbeiter nicht im Stande mehr zu leisten.

Nach einem Berichte des VB. Rain wurde auch bei der städtischen Stellwagenunternehmung die Einführung des Achtstundentages beschlossen.

Der Strassenbahnverkehr an Sonntagen. In der letzten Sitzung des Stadtrates hat StR. Spalowsky sich über den schlechten Verkehr der Strassenbahn an Sonntagen beklagt und den Wunsch ausgesprochen, es möge getrachtet werden, an Sonntagen einen besseren Strassenbahnverkehr einzurichten. StR. Skaret sprach sich in der heutigen Sitzung des Stadtrates ebenfalls gegen die Auflassung so vieler Linien an Sonntagen aus. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, dass die Angelegenheit in der nächsten Stadtratsitzung zur Beratung kommen werde, zu der der Direktor der Strassenbahnen Ing. Spängler eingeladen werde.